

18.04.97

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Verordnung zur Änderung der MKS-Verordnung und anderer tierseuchenrechtlicher Verordnungen

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat mit Schreiben vom 16. April 1997 die nachfolgende Stellungnahme zu der o.a. Verordnung übersandt:

Zu der Entscheidung des Bundesrates im Zusammenhang mit der Verordnung zur Änderung der MKS-Verordnung und anderer tierseuchenrechtlicher Verordnungen, veröffentlicht im Beschluß 51/95 vom 10.03.1995, nehme ich wie folgt Stellung:

Die Bundesregierung hat auf EU-Ebene seit längerem Initiativen, insbesondere zum Einsatz von Impfungen gegen MKS, ergriffen.

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat der Europäischen Kommission seit Anfang 1996 mehrfach konkrete Vorschläge im Sinne der Entschließung des Bundesrates übermittelt und daran anschließend sowohl auf politischer als auch auf Fachebene darauf gedrängt, diese Vorschläge zur Änderung der geltenden Richtlinie 85/511/EWG des Rates zur Bekämpfung der MKS zu realisieren.

Die Kommission hat am 11. März 1997 in einer außerordentlichen Dienstbesprechung mit den Leitern der Veterinrdienste aller Mitgliedstaaten zu dieser Frage zugesagt, die bei ihr eingegangenen Änderungsvorschläge noch in diesem Jahr umfassend zu bearbeiten und zur Beratung zu stellen.

Die Bundesregierung wird mit Nachdruck auf die Einhaltung dieser Zusage drängen.